



Psychiatrie hebt zwei Standorte auf

Stadt Bern Die Universitären Psychiatrischen Dienste (UPD) verlegen zwei in der Stadt angesiedelte Ambulatorien in ihre bestehenden Liegenschaften auf dem Waldau-Areal und beim Inselspital. Auch am neuen Ort werden sie Patienten helfen, sich im Alltag zurechtzufinden. Die «Ambis» wurden einst bewusst ausserhalb der Klinik eingerichtet. Heute hält die UPD diese Trennung für nicht mehr nötig. (bw) **Seite 19**



Der Bund

031 385 11 11

Weniger Alltagshilfe für psychisch Kranke?

Umzugspläne Die Universitären Psychiatrischen Dienste geben zwei Standorte in der Stadt Bern auf. Das führt bei Betroffenen zu Unruhe.

Brigitte Walser

Bern hat für seine «Ambis» viel Beachtung erhalten. In diesen drei in der Stadt verteilten Ambulatorien bekommen psychisch kranke Menschen umfassende Unterstützung. Dort helfen ihnen Fachleute, sich im Alltag zurechtzufinden. Das wohnortnahe Angebot, das damit den Zielen der Sozialpsychiatrie entspricht und Betroffenen die Entlassung aus psychiatrischen Kliniken ermöglichen soll, ist bei seiner Entstehung in den 1980er-Jahren oft gelobt worden.

Nun werden zwei bisher in den Quartieren domizilierte Ambulatorien in bestehende Liegenschaften der Universitären Psychiatrischen Dienste (UPD) verlegt: Das Ambi Mitte zügelt bis März von der Zieglerstrasse in UPD-Räume auf dem Insel-Areal, das Ambi Ost von der Moserstrasse in Räume auf dem Waldau-Areal. Das entspricht auf den ersten Blick genau dem Gegenteil der ursprünglichen Absicht, Angebote ausserhalb der Kliniken zu schaffen – und löst Unruhe und Widerstand aus.

Betroffene sorgen sich um die Zukunft des Angebots. Darüber berichtete auch TeleBärn. Rudolf Wäckerlin, der die Psychiatrie aus eigener früherer Erfahrung und als Peer-Mitarbeiter kennt, sagt: «Damit wird der Gedanke der Sozialpsychiatrie – nämlich aus den Kliniken hinaus zu den Menschen in die Quartiere zu gehen – kaputtgemacht.»

Um den Stellenwert der Sozialpsychiatrie ist lange Zeit auch in Bern gerungen worden. Ist der Umzug ein Zeichen, dass sie in diesem psychiatrieinternen Richtungskonflikt unterlegen ist?

Nein, antworten die UPD auf diese Frage. Dieser Konflikt sei Geschichte. Vielmehr stehe ein weiterer Entwicklungsschritt an. «Man muss heute die Ambulatorien nicht mehr ausquartieren», sagt Werner Strik, Direktor der Universitätsklinik für Psychiatrie und Psychotherapie. Denn die Psychiatrie habe sich gewandelt: In der Klinik gebe es im Gegensatz zu früher viele offene Stationen und fast keine Langzeitpatienten mehr. «Die «Anstalt, gegen welche die Sozialpsychiatrie einst angeknüpft hat, gibt es nicht mehr.»



Das Ambulatorium Mitte zügelt von der alten Villa an der Zieglerstrasse aufs Insel-Areal. Foto: Ruben Wyttbach

Bei allen Patienten sei das Ziel dasselbe: möglichst viel Selbstständigkeit. Dazu sind gemäss Strik zuerst Vorsorge und Früherkennung, dann vielleicht ein stationärer Aufenthalt oder der Besuch einer Tagesklinik nötig und schliesslich eine ambulante Behandlung. «Wenn wir alles unter einem Dach anbieten, können wir die Therapien aufeinander abstimmen und Übergänge flüssig gestalten», bestätigt Sebastian Walther, stellvertretender Direktor der Universitätsklinik für Psychiatrie und Psychotherapie.

Weniger Autonomie

Erfahrungen damit haben die UPD bereits in Berns Westen gesammelt. Das Ambulatorium West befindet sich seit knapp zehn Jahren unter einem Dach mit einer Tagesklinik und einer Station mit Krisenbetten. Dort

können Patienten gemäss UPD zwischen den Angeboten wechseln, ohne dafür einen anderen Ort, neue Therapeuten oder eine andere Institution aufsuchen zu müssen.

Das Gleiche streben die UPD nun für die Regionen Mitte und Ost an. Strik und Walther halten dazu fest: Mit dem Umzug gehe für die beiden Ambulatorien, die je 150 bis 200 Patienten betreuen, zwar ein Stück Autonomie verloren. Aber es seien damit weder Angebote einbussen noch Entlassungen verbunden. An den neuen Standorten werde weiterhin ein Team aus Sozialarbeitern, Ärztinnen, Psychologen und Pflegefachfrauen die Patienten ambulant betreuen oder falls nötig zu Hause aufsuchen. Mit den drei Zentren Ost, Mitte und West werde man jeweils die ganze Versorgungskette mit Behandlungskontinuität für Bern und Nachbarge-

meinden wohnortnah anbieten – und damit «eine zentrale Forderung der wissenschaftlichen Sozialpsychiatrie» erfüllen.

Für manche eine Hürde

Für Roland Leutwyler bedeutet der Umzug trotzdem auch eine Abkehr von der Sozial- und Gemeindepsychiatrie. Er ist Vorstandsmitglied des Vereins Wylerhaus und hat früher als Sozialarbeiter im Ambulatorium Ost gearbeitet.

Verschiedene Institutionen des Berner Nordquartiers etablierten vor über 25 Jahren im Wylerhaus einen offenen Mittagstisch sowie offene Freizeitangebote wie aktuell Theater und Tischtennis für Quartierbewohner mit und ohne Psychiatrieerfahrung. Diese Angebote werden zwar weitergeführt, Leutwyler befürchtet aber, dass die Betroffenen durch den Wegzug des Ambi die Quartier-

zentren weniger aufsuchen und die Interaktion mit der Bevölkerung abnimmt. «Es gibt zwar auch auf dem Psychiatriegelände Freizeitangebote, aber ohne Durchmischung mit der Bevölkerung», sagt er.

Leutwyler fügt an: «Für Patienten, denen es in den akuten Phasen ihrer Erkrankung in der Klinik schlecht ging, ist die Rückkehr aufs Gelände eine Hürde.» Strik bestätigt, dass es diese «Angst vor der Waldau» noch gibt. Doch sei dieser Standort inzwischen zu einem modernen Universitätsspital und beliebten Treffpunkt für Spaziergänger und Familien geworden.

Mietkosten sparen

Strik und Walther verschweigen nicht, dass Sparbemühungen die Auslöser für den Umzug sind. Zudem werde die alte Villa an der Zieglerstrasse renoviert, weshalb

«Die «Anstalt, gegen welche die Sozialpsychiatrie einst angeknüpft hat, gibt es nicht mehr.»

Werner Strik
UPD

das Ambi Mitte dort ohnehin ausziehen müsse. «Bringen wir unsere Ambulatorien in UPD-Gebäuden unter, sparen wir Mietkosten.» Der ambulante Teil der psychiatrischen Kliniken sei unterfinanziert, eine Effizienzsteigerung deshalb unumgänglich, betonen die beiden Psychiater. «Nun haben wir aus der Not eine Tugend gemacht», so Strik.

An den Kosten beteiligt sich neben den Krankenkassen auch der Kanton, er legt jeweils ein Kostendach fest. Dieses sei über die Jahre erhöht worden, weil mehr Behandlungen stattfanden, heisst es bei der Gesundheitsdirektion. Der Kanton redet beim Standort der Ambulatorien nicht mit. Erwartet werde lediglich eine gute Zugänglichkeit: Angebote der Grundversorgung müssen für 80 Prozent der Bevölkerung mit dem Auto in 30 Minuten erreichbar sein.